

In Kürze

**AUTOFAHRER**  
Benzin soll teurer werden

Verkehrsministerin Doris Leuthard fordert eine Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags. Dieser sei seit 1974 nicht mehr der Teuerung angepasst worden, betont sie in einem Interview von «SonntagsZeitung» und «Le Matin». Weil die Autos immer weniger Treibstoff verbrauchen, sinken die Einnahmen, während sich die Strassenkosten seit 1990 mehr als verdoppelt haben. Die Schweiz verliere deshalb in der Strassenrechnung faktisch Geld. Leuthard: «Wir kommen nicht um eine Kompensation herum.» Wie viel der Mineralölsteuerzuschlag steigen soll, werde der Bundesrat erst noch bestimmen. Die aufgelaufene Teuerung betrage 36 Rappen, aber so viel soll es laut Leuthard nicht sein. *sda*

**GESUNDHEIT**  
7 von 100 000 haben Tuberkulose

In der Schweiz erkranken weniger Menschen an Tuberkulose als in anderen Ländern Europas. Pro 100 000 Einwohner treten jährlich 7 Fälle auf; der Mittelwert der EU- und EFTA-Länder liegt mit 15,7 Fällen pro 100 000 Einwohner mehr als doppelt so hoch. Am wenigsten Tuberkulosefälle in Europa verzeichnen laut einer Schätzung der Weltgesundheitsorganisation WHO Griechenland und Deutschland. Am stärksten betroffen ist Rumänien mit 117 Fällen pro 100 000 Einwohnern. *sda*

TatortTatort

Gedächtnis verloren – Täter ermittelt

Wer mit Eishockey nichts am Hut hat, fand an Pfingstsonntag auf ARD und ORF eine willkommene Alternative. Kommissar Frank Thiel (Axel Prah) und Rechtsmediziner Prof. Dr. Karl-Friedrich Boerne sorgten in der Folge «Zwischen den Ohren» mit witzigen Dialogen für eine gelungene Krimikomödie. Gestern Abend war jedoch Schluss



**Jürg Mosimann:** Der ehemalige Sprecher der Kantonspolizei Bern meldet sich in unregelmässigen Abständen zum «Tatort» zu Wort.

Im Steuerstreit geht es vorwärts

**SCHWEIZ** Im Steuerstreit mit den USA rückt eine Lösung näher. «Wir stehen davor, ein Resultat präsentieren zu können», sagte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf.

«Wir hoffen, demnächst am Ziel zu sein», sagte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf in der «Samstagsrundschau» von Radio SRF zum Steuerstreit mit den USA. Noch seien einige Punkte offen, diese müssten noch intensiv diskutiert und verhandelt werden.

Es werde aber keinen Aufschrei der Begeisterung geben, warnte sie. «Die Banken werden das nicht gratis kriegen.» Zur möglichen Höhe der Kosten wollte sie sich nicht äussern.

**Lösung für die Vergangenheit**  
«Es ist sehr, sehr wichtig, dass wir eine Lösung für die Banken für die Vergangenheit haben», stellte Widmer-Schlumpf klar. «Dass es keine schöne Lösung sein kann, ist klar.» Auch das Fatca-Abkommen sei keine schöne Lösung gewesen.

Wichtig sei aber, dass eine Lösung gefunden werde, die rechtlich korrekt ist. «Wir gehen davon aus, dass wir ein Ergebnis präsentieren können, das tragfähig ist», sagte die Finanzministerin. Das letzte Wort dazu dürfe das Parlament haben.

Die Schweiz und die USA suchen eine Regelung für unversteuerte Gelder von US-Bürgern, die in der Schweiz angelegt wurden.

Nachdem die Privatbank Wegelin im März dafür verurteilt worden war, im Zuge der UBS-Krise in den USA Ex-Kunden der Grossbank übernommen zu haben, drohen weiteren Banken Anklagen. Der oberste Schweizer Banker Patrick Odier drängte Anfang Mai in einem Zeitungsinterview auf eine rasche Einigung.

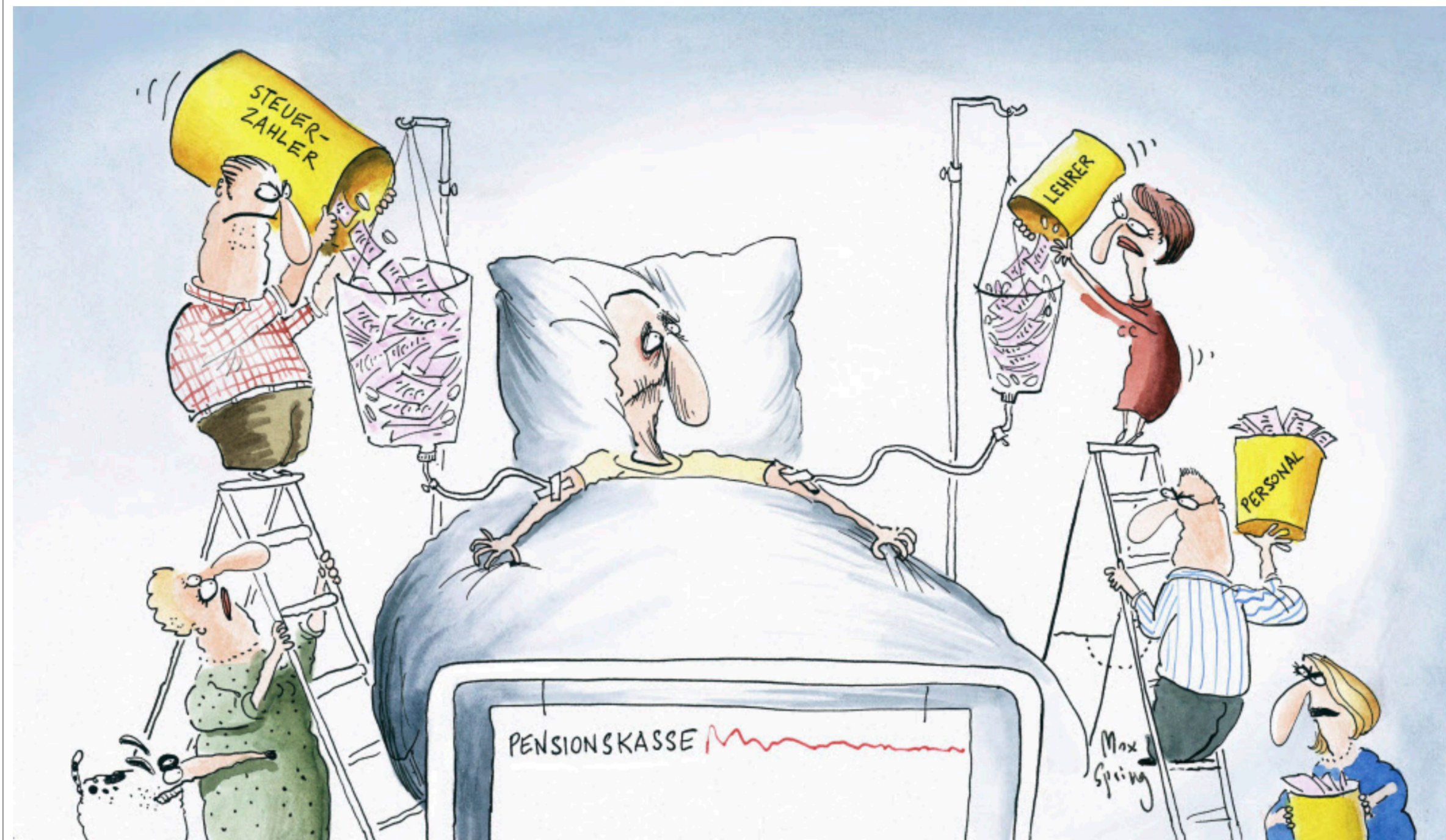
**Problem mit der EU**

Nicht nur mit den USA, sondern auch mit der EU steckt die Schweiz in einem Steuerstreit. Vergangene Woche hatten die EU-Finanzminister ein Mandat für die EU-Kommission verabschiedet, damit diese mit der Schweiz und weiteren Drittstaaten über ein verschärftes Zinsbesteuierungsabkommen sowie den automatischen Informationsaustausch verhandeln kann.

Die Schweiz sei bereit, über den automatischen Informationsaustausch zu reden, stelle aber auch Gegenforderungen an die EU, sagte die Finanzministerin weiter. Auch hier müssten Regelungen für die Vergangenheit gefunden werden.

Dass ein Verhandlungsmandat verabschiedet wurde, war für Widmer-Schlumpf keine Überraschung, wie sie sagte. Sie stehe mit den Finanzministern aus Luxemburg, Österreich und Deutschland regelmässig in Kontakt und sei deshalb über die Entwicklungen seit Dezember auf dem Laufenden. Den genauen Inhalt des Mandats kennen Bern offiziell noch nicht. *sda*

4-Milliarden-Lücke: Wer zahlt die Zeche?



**KANTON BERN** Den Pensionskassen BPK und BLVK fehlen 4 Milliarden Franken. Wer soll das bezahlen? Im Juni entscheidet der Grosse Rat, welchen Beitrag das Personal leistet – und wie viel am Steuerzahler hängen bleibt. Gemäss der Kompromissvariante beträgt der Anteil des Personals etwa ein Viertel. Zudem gilt künftig auch für das Staatspersonal Rentenalter 65.

Unbestritten ist nur das Problem: Die Pensionskassen des Kantons Bern, BPK und BLVK, weisen grosse Unterdeckungen aus. Gemäss den neuen, reduzierten Renditeprognosen der beiden Kassen fehlen der BPK 2,6 Milliarden und der BLVK 1,4 Milliarden Franken (Ende 2012).

Hefig umstritten ist, wie das Problem zu lösen ist. Die zuständige Grossratskommission hat einen Kompromiss vorgelegt, der links wie rechts nicht allen passt (wir berichteten). Die grosse Frage ist, ob der Vorschlag «gerecht» ist. Ob er die Lasten fair auf Angestellte und Arbeitgeber – primär also Steuerzahler – verteilt und die Opfersymmetrie wahrt.

Die Antwort: Es kommt darauf an. Für die einen sind die Lasten fifty-fifty verteilt. Andere rechnen vor, das Personal müsse nur ein Viertel der Probleme lösen.

**2 Jahre = 1 Milliarde Franken**  
Der Grund für die Differenz: Nicht alle beurteilen die Erhöhung des Rentenalters gleich. Bei der BPK, der vor allem Kantonsverwaltung und Inselspital angehört, soll das ordentliche Rentenalter von 63 auf 65 erhöht werden; die Kasse der Lehrpersonen BLVK hat diesen Schritt bereits bei der Sanierung ab 2005 gemacht.

Nun findet primär die SVP, Rentenalter 65 sei eine «Selbstverständlichkeit» und müsse nicht in die Opfersymmetrie eingerechnet werden. Andere betonen, dieser Leistungsabbau müsse berücksichtigt werden. Das findet auch die Regierung, deren Fachleute für die BPK einen eindrücklichen Vergleich erstellt haben: Demnach entlastet das

Personal den Arbeitgeber um gut 1 Milliarde Franken, indem es das höhere Rentenalter akzeptiert. Die Zahl ist indes mit Vorsicht zu geniessen (siehe Kasten oben).

**130 000 Franken pro Rentner**

Die anderen Kosten der Vorlage sind einfacher zu beziffern:

- **Zusätzliche Beiträge:** Personal und Arbeitgeber sollen zusätzlich zu den ordentlichen Beiträgen (Lohnabzügen) sogenannte Finanzierungsbeiträge zahlen, bis die Unterdeckung beseitigt ist. Der Arbeitgeber trägt 50 bis 60 Prozent dieser Beiträge. Über sie wird bei der BPK auch eine Übergangsregelung finanziert, die etwa 300 Millionen Franken kosten soll: Das neue Rentenalter 65 soll gestaffelt eingeführt werden, aus Fairness gegenüber älteren Angestellten, für die sich die Spielregeln nicht kurz vor der Pensionierung massiv verändern sollen.
- **Ausfinanzierung der Rentner:** Die Steuerzahler sollen mit einer «Schuldenerkennung» bei beiden Kassen die Unterdeckung der Rentner ausfinanzieren. Gemäss der Kompromissvariante der Kommission würde dies die Bernerinnen und Berner rund 1,7 Milliarden Franken kosten.

Weil der Fehlbetrag der BLVK grösser ist, fällt hier die Zahlung pro Kopf höher aus: Der Steuerzahler soll rund 130 000 Franken pro Rentner einschliessen. Bei der BPK wären pro Rentner knapp 71 000 Franken fällig (alle Zahlen per Ende 2011). Diese Schuldenerkennung wird damit begründet, dass es unzumutbar wäre, die heutigen Angestellten auch an der Ausfinanzierung der Rentner zu beteiligen.

Die Pensionskassenvorlage sieht für beide Seiten noch ein paar weitere «Kröten» vor:

- **Keine fixe Rente mehr:** Die Angestellten müssen den Wechsel zum Beitragsprimat schlucken und sich damit abfinden, dass ihre Rente – wie die von 87 Prozent aller Erwerbstätigen – nicht mehr fix garantiert ist. Die Rentenhöhe hängt künftig stärker davon ab, wie viel die Kassen an den Kapitalmärkten verdienen. Halten sie das Renditeiveau der Vergangenheit, ist der Primatwechsel laut der Regierung leistungs- und kostenneutral: Weder Beiträge noch Renten sollten sich spürbar verändern.
- **Halbe Milliarde:** Damit beim Übergang ins Beitragsprimat keine Versicherten bestraft werden, soll der Steuerzahler noch einmal rund 500 Millionen Franken einschliessen. Damit werden Lücken geschlossen, die sonst wegen des Wechsels an sich entstünden. Die Ursache: Bisher gibt es bei beiden Kassen – wie im Leistungsprimat üblich – massive Quersubventionierungen von jungen zu älteren Versicherten, die nun wegfallen.
- **Staatsgarantie:** Da der Kanton Bern mit seinen Pensionskassen nicht binnen zehn Jahren einen Deckungsgrad von 100 Prozent anstrebt, zwingt ihn das Bundesgesetz, wieder eine Staatsgarantie für die Unterdeckungen abzugeben. Ob diese je etwas kostet, steht in den Sternen. Die Risiken fallen faktisch weg, wenn der Deckungsgrad mindestens 100 Prozent beträgt. Abgeschafft werden kann die Garantie aber erst, wenn die Kassen auch die nötigen Wertschwankungsreserven gebildet haben – also bei 115 bis 120 Prozent Deckungsgrad. Ob sie das je schaffen, ist völlig unklar. Klar ist nur, dass BPK und BLVK laut der Kommission bis 2034 einen Deckungsgrad von 100 Prozent erreichen müssen; die Regierung will ihnen bis 2051 Zeit lassen. *Fabian Schäfer*

**PENSIONSKASSEN-SANIERUNG: WER TRÄGT WELCHE LASTEN?**

BPK	Lastenverteilung mit Erhöhung des Rentenalters		Bemerkungen
	Arbeitnehmer	Arbeitgeber	
Finanzierungsbeiträge	500–600 Mio. Fr.	700–800 Mio. Fr.	zulasten des Steuerzahlers bzw. der Staatsschulden
Ausfinanzierung Rentner		890 Mio. Fr.	
Erhöhung Rentenalter um zwei Jahre	1–1,2 Mrd. Fr.		
BLVK	Hier wurde das Rentenalter bereits 2005 auf 65 erhöht, deshalb ist keine weitere Erhöhung möglich.		
	Arbeitnehmer	Arbeitgeber	Bemerkungen
Finanzierungsbeiträge	420–500 Mio. Fr.	550–630 Mio. Fr.	
Ausfinanzierung Rentner		830 Mio. Fr.	
Erhöhung des Rentenalters	bereits umgesetzt		
Weitere Lasten, für beide Pensionskassen gleich			
	Arbeitnehmer	Arbeitgeber (Kanton zahlt für alle)	
Primatwechsel	keine fix garantierte Rente mehr	Übergangseinlage von rund 500 Mio. Fr.	Alle Zahlen: Stand Ende 2011. Die Vorlage soll 2015 in Kraft treten. Entscheidend werden die Zahlen Ende 2014 sein (v.a. das Ausmass der Unterdeckung zu diesem Zeitpunkt). <i>Grafik BZ</i>
Staatsgarantie		ungewiss, ob der Garantiefall je eintritt und wie teuer er wäre	

**Heizöl-Preis** inkl. 8% MWST  
Preis pro Liter Heizöl (B20) in der Schweiz  
Preis 17.05.13 **97,40**

031 389 99 99 [www.kuengbern.ch](http://www.kuengbern.ch)

**Jetzt Heizöl bestellen!**

**KÜNG AG BERN**  
Mineralölprodukte  
Tel: 031 389 99 99 | [www.kuengbern.ch](http://www.kuengbern.ch)

**ALDI PER KRACHER**

**ab Dienstag, 21.05. solange Vorrat reicht**

- per 100g **1.79**
- per Flasche **4.99**
- per 1 kg **8.99**
- per 1 kg **-33% -9.99**
- per 24er Pack **15.95**

**Einfach ALDI.**